



23.11.2017

Unsere Besprechung (Gregor/Erwin/Herbert/Henry)

Unser Ziel: Antragsgerechte prägnante Formulierungen entwickeln.

Die von Erwin vorgelegte Wähleranalyse (insbesondere schwindstüchtiger Bauch im SPD Mitgliederkreis und Verluste bei Wahlen dieses Klientels), sollte in den Köpfen der 60 Plus Anträgen bewusstgemacht werden.

Folgende 60 Plus OS Land Leitthemen stehen weiterhin im Fokus:

1. Bürgerversicherung vor Altersarmut
2. Rehabilitation vor Pflege
3. Bezahlbarer/behinderten gerechter Wohnraum
4. Nachbarschaft vor Einsamkeit

Zu Punkt 1 : *Obwohl im SPD Parteiprogramm, sowie kontinuierliche Forderung 60 Plus..*

Vorstellung der Bürgerversicherung

Alle Bürger zahlen einen bestimmten Prozentsatz aus der Summe aller eigenen Einkünfte (Lohnarbeit, Kapitalerträge, Mieteinnahmen, Zuschüsse und sonstige Einnahmen) gegebenenfalls bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die Bürgerversicherung ein.

Durch das Konzept soll die Einnahmesituation der gesetzlichen Krankenkassen so weit verbessert werden, dass Leistungskürzungen vermieden werden können. Wenn der Begriff Bürgerversicherung in der Berichterstattung der Medien oder im politischen Diskurs gebraucht wird, ist fast immer diese Form gemeint.

Zu Punkt 1.1. Grundsicherung

- *Ein hoher Anteil Berechtigter stellen aus Cham keinen Antrag, dies ist nicht hinnehmbar...*
- *In 10 Jahren schnellst dieser Rentner Anteil mit Berechtigung auf 30 %.*

Forderung: *Eine automatische Zahlung, nach Feststellung der Einkünfte vom Finanzamt, Rentenversicherungen, Ämter ist zum Gemeinwohl eminent notwendig + wichtig!!!!*

Warum:

- **Ziel uneingeschränktes Grundeinkommen in Mindesthöhe von 900,-€**
- **Miete, Kosten steigen überproportional und forcieren Altersarmut...**
- **Die unteren Rentner Haushalte leben Menschenunwürdige.**

Die Tafeln werden langfristig den Andrang nicht bewältigen können.

- **Der zwingende Teil ist die Einheits-Rentenversicherung. *Es u.a. ein unhaltbarer Zustand die unvertretbare Spreizung zwischen Rente + Pensionen, das dramatische die fehlenden Rückstellungen der Pensionen...***
- **Fazit: uneingeschränktes Grundeinkommen kurzfristig.**
- **Pensionen dringend auflösen, eine Rentenversicherung für Alle. Sichert unser Renten System und löst Ungleichheiten auf.**
- **Wir müssen die fehlenden Rückstellungen in dreistelliger Mrd. Größe dringend auflösen, da sonst das politische Waterloo + Unruhe der Bürger erwartbar ist!!!!**

Zu Punkt 2: Rehabilitation vor Pflege

Warum diese 60 Plus Forderung?

- **Zu schnell gibt die Krankenkasse den körperlich angeschlagenen Rentner an die Pflege Kasse. Erreicht wird das die Krankenkasse sich vordergründig mit aktiven Menschen schmückt.**
- **Folge: Einmal Pflege immer Pflege und damit Verlust der Eigenständigkeit.**
- **Mittelfristig wird der Kostenrahmen für die Allgemeinheit reduziert.**

Was sagt das Sozial Gesetzbuch:

Der Grundsatz Rehabilitation geht vor Pflege wurde auch im Sozialgesetzbuch Elftes Buch - Soziale Pflegeversicherung, im 4. Kapitel: Leistungen der Pflegeversicherung - 2. Abschnitt über: Gemeinsame Vorschriften im § 31 festgehalten. Er will sicherstellen, dass eine pflegebedürftige Person (auch wenn sie bereits als solche anerkannt ist) von der Pflegekasse darauf hingewiesen wird, dass sie im Einzelfall Leistungen zur medizinischen Rehabilitation beanspruchen kann. Die Pflegekasse soll die Person dabei unterstützen, indem sie dies dem Versicherten und dem zuständigen RV Träger der Rehabilitation unverzüglich mitteilt. Damit soll eine weitere Pflegebedürftigkeit vermieden, überwunden, gemindert oder ihre Verschlimmerung verhütet werden.

Fazit: Dringende Einflussnahme auf die Kranken- und Pflegekassen!!!!

Zu Punkt 3: Bezahlbarer-/behinderten gerechter Wohnraum...

Die Landesregierung setzt sich für bezahlbare Wohnungen für Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen, speziell auch für altersgerechten und barrierefreien Wohnraum sowie Wohnraum für Flüchtlinge ein.

Der Bund hat Niedersachsen bis 2015 jährlich rund 38,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Seit 2016 sind es rund 78,3 Millionen Euro. Und für die Jahre 2017 und 2018 will der Bund nun noch einmal im Rahmen des Integrationspaketes je 500 Millionen Euro aufsatteln. Darauf hatten sich Bund und Länder im Juli geeinigt. Ein entsprechender Referentenentwurf aus dem Bundesfinanzministerium liegt bereits vor. Für Niedersachsen bedeutet dies noch einmal 46,6 Millionen Euro jährlich in den Jahren 2017 und 2018. Bis 2019 stehen damit für die soziale Wohnraumförderung mehr als 800 Millionen Euro zur Verfügung.

- Bezahlbarer Wohnraum, muss wieder zum Grundrecht der Bürger entwickelt werden.
- Wohnprojekte für Jung + Alt gehören verstärkt in politischen Entscheidungen und Umsetzungen.
- Das betrifft auch die Alten- und Seniorenresidenzen. Der hohe Anteil privat geführter Residenzen gehört in dieser Stärke in unsere Gesellschaft. Das Lebensende der Senioren/innen darf nicht nach Gewinn und Verlust bestimmt werden. Hier zerbricht das Heimat Gefühl.
- Es darf nicht sein, dass die Menschen die für die Allgemeinheit alles Mögliche eingebracht haben, gefühllos das Ende vor Augen haben. Damit geht das Gemeingut des Miteinanders vor die Hunde.

Zu Punkt 4: Nachbarschaft vor Einsamkeit

- ***Die ausgebildeten Seniorenberater, sollten in Ihrer Begleitung den Kümmerer in der Nachbarschaft entwickeln + sensibilisieren.***
- ***Wir 60 Plus + die Rathäuser sollten dies in den Seniorenbüros mit den Kümmerern zur Hauptaufgabe beschreiben.***
- ***Orts-/Stadträte sollten wir in bestimmten Rhythmen auf die grauen Ecken aufmerksam machen.***

Fazit: Alle Politik, Nachbarschaft, Ehrenamt sollten von Oben nach Unten auf diesen unerträglichen Zustand hinweisen und das Ende ermöglichen.

Herzlichst
Dein

Henry 60 Plus Vorsitz OS Land